

+++ Pressemitteilung +++

Digitalpolitisches Monitoring

Initiative D21 startet Monitoring für 5 Ziele der Digitalstrategie der Bundesregierung

Die Initiative D21 startet ein digitalpolitisches Monitoring zu fünf gesellschaftlich besonders relevanten Zielen der Digitalstrategie der Bundesregierung. Es zeigt die Ausgangslage der Bevölkerung in Bezug auf diese Ziele auf und wird in den kommenden Jahren die Fortschritte digitalpolitischer Maßnahmen beim Erreichen dieser Ziele messen. Das Monitoring macht damit Erfolge und Misserfolge sichtbar und leistet einen wichtigen Beitrag zur strategischen Steuerung aktueller und zukünftiger digitalpolitischer Maßnahmen der Bundesregierung.

Berlin, 17. Februar 2023. Mit der Digitalstrategie hat die Bundesregierung ihre Ziele für eine vernetzte und digital souveräne Gesellschaft bis 2025 benannt. Um die Wirkung digitalpolitischer Maßnahmen und Fortschritte in den kommenden Jahren zu messen, hat die Initiative D21 ein Monitoring gestartet. Es bezieht sich auf fünf gesellschaftlich besonders relevante Ziele und benennt die aktuelle Ausgangslage. Dabei wird betrachtet, ob die Menschen von der Digitalisierung profitieren, sich Digitalkompetenzen in der Bevölkerung verbessern, Beschäftigungschancen genutzt werden, Desinformation mit Nachrichtenkompetenz bekämpft wird und sich lebenslanges Lernen als Grundlage für Teilhabe und Resilienz etabliert. Die Ausgangslage stellt sich für verschiedene Bevölkerungsgruppen sehr unterschiedlich dar. Einige Gruppen werden mehr Unterstützung als andere benötigen, damit die Ziele erreicht werden.

„Digitalpolitik muss den Menschen dienen. Sie muss spürbare Verbesserungen bringen. Wir haben daher bewusst Ziele für das Monitoring ausgewählt, die einen wichtigen Beitrag für einen sozial nachhaltigen digitalen Wandel leisten. Mit dem Monitoring wollen wir Verbesserungspotenziale aufzeigen, damit digitalpolitische Maßnahmen in den kommenden Jahren gezielt nachgesteuert werden können und so die digitale Spaltung verringert wird“, sagt Lena-Sophie Müller, Geschäftsführerin der Initiative D21.

Ziel 1: Alle profitieren von Digitalisierung

Die digitale Transformation hat sich in den vergangenen Jahren – unter anderem durch die Corona-Pandemie – weiter beschleunigt und auf immer mehr Lebensbereiche ausgeweitet. Im Prozess dieser digitalen Transformation sind zahlreiche Chancen für Bürger*innen, Gesellschaft, Wirtschaft und Staat gleichermaßen entstanden. Laut der Digitalstrategie ist es notwendig, Digitalisierung so zu gestalten, dass alle Menschen von ihr profitieren. Derzeit glaubt rund die Hälfte der Bürger*innen (55 Prozent), persönlich von der Digitalisierung zu profitieren. Das Monitoring zeigt: Die Spaltungen sind groß. Die jüngste Generation profitiert häufiger als die älteste (73 Prozent vs. 21 Prozent), formal höher Gebildete öfter als niedrig Gebildete (71 Prozent vs. 37 Prozent), in der Großstadt mehr Menschen als auf dem Land (60 vs. 48 Prozent) und in den alten Bundesländern mehr Menschen als in den neuen (57 vs. 45 Prozent). Auf dem Weg zum Ziel müssen diese Spaltungen in den nächsten 3 Jahren deutlich reduziert werden.

Ziel 2: Digitalkompetenzen werden verbessert

Transformationsprozesse gehen häufig auch mit Herausforderungen für die Menschen einher. Diese werden mit der Digitalstrategie adressiert. So sollen sich die Digitalkompetenzen in der Bevölkerung bis 2025 messbar verbessert haben – eine entscheidende Voraussetzung für den selbstbestimmten Umgang

mit der digitalen Welt. Die Initiative D21 misst die digitalen Kompetenzen seit 2013 über einen Kompetenzindex. Dieser liegt aktuell bei 60 von 100 Punkten. Deutlich weniger digital kompetent sind einkommensschwache Menschen (48 Punkte), Nichtberufstätige (50 Punkte), Menschen mit niedriger Bildung (44 Punkte) und über 65-Jährige (41 Punkte). Um das Ziel der Digitalstrategie zu erreichen, müssen Maßnahmen vor allem bei diesen Gruppen in den nächsten 3 Jahren zu deutlichen Verbesserungen führen.

Ziel 3: Beschäftigungschancen werden genutzt.

Ein weiteres Ziel der Digitalstrategie ist es, dass Angebote der beruflichen Bildung dazu beitragen, dass sich Berufstätige neue Chancen und Perspektiven in einer sich wandelnden Arbeitswelt erschließen. Das Monitoring zeigt: In den letzten 12 Monate hat jede*r vierte Berufstätige formale Angebote zum Erwerb digitalen Wissens genutzt. Vielen Berufstätigen ist nicht bewusst, dass durch die Digitalisierung auch die eigene Tätigkeit wegfallen kann und sie ihre Beschäftigungschancen durch den Erwerb von digitalem Wissen verbessern müssen.

Ziel 4: Desinformation wird mit Nachrichtenkompetenz bekämpft.

Durch Desinformationen im Netz gerät der demokratische Dialog zunehmend unter Druck. 64 Prozent der Bürger*innen sehen die Demokratie am stärksten durch Desinformationen im Netz bedroht. Mit ihrer Digitalstrategie will die Bundesregierung die Kompetenz in der Bevölkerung dafür erhöhen, Qualitätsmedien zu erkennen und insbesondere Desinformationen im Internet zu bekämpfen. Hierfür soll ein Förderprogramm aufgesetzt werden. Das Monitoring unterstreicht die Dringlichkeit dieses Ziels. Die Hälfte der Bevölkerung (50 Prozent) traut sich zu, die Richtigkeit von Nachrichten und Quellen im Internet zu prüfen. Mit einem Anstieg von 4 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr geben etwas mehr Menschen an (60 Prozent), unseriöse Nachrichten erkennen zu können. Zur Erreichung des Ziels muss das Förderprogramm diese positive Entwicklung messbar verstärken.

Ziel 5: Lebenslanges Lernen stärkt Teilhabe und Resilienz.

Wenn sich lebenslanges Lernen als Konzept in der Gesellschaft etabliert, wird es den Menschen leichter fallen, mit den Veränderungen durch den digitalen Wandel selbstbestimmt umzugehen. Mit der Schaffung von Angeboten zum lebenslangen Lernen möchte die Digitalstrategie die Teilhabe am digitalen Leben und die Resilienz aller Bürger*innen im digitalen Wandel fördern. Das Monitoring zeigt: 64 Prozent der Bevölkerung sind resilient im digitalen Wandel. Es sind allerdings deutliche Unterschiede zu sehen: Insbesondere die älteste Generation (37 Prozent) und Menschen mit niedriger Bildung (48 Prozent) sind seltener resilient. Sie haben sich in den letzten 12 Monaten aber auch deutlich seltener als der Durchschnitt (69 Prozent) Wissen zu digitalen Themen angeeignet (31 Prozent bei der ältesten Generation, 56 Prozent bei Personen mit niedriger Bildung).

Weitere Informationen zum digitalpolitischen Monitoring finden Sie [hier](#).

Pressekontakt

Initiative D21 e. V.

Tilman Wolf

+49 30 / 7675853-57

presse@initiatived21.de

www.InitiativeD21.de

Über das digitalpolitische Monitoring

Die Datengrundlage für das Monitoring bildet die jährliche Bevölkerungsbefragung D21-Digital-Index, eine repräsentative Studie der Initiative D21, durchgeführt von Kantar. Darin erfasst wird die deutschsprachige Bevölkerung ab 14 Jahren in Privathaushalten (2022/2023: Strukturbefragung n=29.198 / Vertiefungsbefragung n=6.087), befragt durch computergestützte persönliche-mündliche Interviews (CAPI) und computergestützte Onlineinterviews (CAWI). Die Strukturbefragung fand zwischen August 2021 und Juli 2022 statt, die Vertiefungsbefragung im Juli 2022. Die umfassende Studie erscheint am Montag, 20.02.2023. Die Studie ist gemeinsam finanziert durch eine Partnerschaft aus öffentlichen und privatwirtschaftlichen Organisationen und ist gefördert durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz.

Über die Initiative D21 e. V.

Die „Initiative D21“ ist Deutschlands größtes gemeinnütziges Netzwerk für die Digitale Gesellschaft. Sie wurde 1999 mit dem Ziel gegründet, die digitale Spaltung der Gesellschaft zu verhindern. Gemeinsam mit einem großen Netzwerk bestehend aus rund 140 Mitgliedsunternehmen und -organisationen aus allen Branchen, der Wissenschaft, der Zivilgesellschaft sowie mit politischen Partner*innen aus Bund und Ländern beleuchtet die Initiative D21 die gesellschaftlichen Herausforderungen des digitalen Wandels. Sie liefert jährliche Lagebilder und stößt Debatten an, um die Zukunft der Digitalen Gesellschaft sinnvoll zu gestalten.